

Antrag der Fraktion der CDU

Polizei von Aufgaben entlasten

Die Bremer Polizei hat zu wenig Personal um alle ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Beamtinnen und Beamten arbeiten in vielen Bereichen am Limit um Notrufeinsätze, Sonderlagen und polizeiliche Schwerpunktmaßnahmen zu bewältigen. Andere Aufgaben bleiben liegen, insbesondere die zeitnahe Bearbeitung von Anzeigen. Anzeigen und die dahinterstehenden Straftaten sind aber nicht nur bürokratische Vorgänge und bloße Akten. In jeder Akte steckt der Fall eines geschädigten Menschen, eines Opfers. Eine Oma, der auf der Straße das Portemonnaie entrissen wurde, die dabei gestürzt ist und sich seither nicht mehr vor die Tür traut. Eines Kindes, das sexuell missbraucht wird und Aufnahmen davon im Internet landen. Des jungen Mannes, der am Hauptbahnhof zusammengeschlagen wurde.

All diese Fälle bleiben zu lange, manchmal sogar über Jahre, auf einem Aktenberg liegen, weil nicht genug Personal da ist, um die Fälle zu bearbeiten. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats geht schrittweise verloren, wenn Täter nicht ermittelt werden oder ermittelte Täter nicht zeitnah verurteilt und bestraft werden. Auch die Qualität und die Anzahl der polizeilichen Einsätze ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Die Tatmittel und die Tatgelegenheiten haben sich verändert, Einsätze und Ermittlungen werden für die eingesetzten Beamtinnen und Beamten gefährlicher und beispielsweise im Bereich der Computerkriminalität immer umfangreicher. Eigentliche Routineeinsätze arten aus und müssen immer häufiger mit mehreren Streifenwagen durchgeführt werden, weil die Stimmung gegen die Polizei oftmals aggressiv und angriffslustig ist.

Bremer Polizeibeamtinnen und Beamte haben allein im Jahr 2022 172 500 Überstunden geleistet, das sind 12 000 mehr als im Vorjahr und im Durchschnitt mehr als 64 pro Person. Dennoch hat sich die Halde der nicht bearbeiteten Fälle auf weit über 20 000 Akten erhöht – Tendenz steigend.

Der politische Rückhalt der Koalitionsfraktionen für die Polizei verringert sich insgesamt spürbar und weicht einer grundsätzlich kritisch distanzierten Einstellung gegenüber der Tätigkeit der Bremer Polizei.

In den letzten Jahren wurden zwar viele Polizeivollzugsanwärter eingestellt, wobei es bereits immer schwerer fällt, genügend qualifizierte Bewerber zu finden. Erschwert wird die Situation aber dadurch, dass viele Polizeivollzugsbeamte in den Ruhestand gehen. Und die polizeiliche Arbeit wird leider auch dadurch massiv behindert und erschwert, dass der Polizei zusätzliche Aufgaben auferlegt werden, die nicht notwendig sind, wie das Ausstellen von Quitungen bei Personenkontrollen.

Neben der kontinuierlichen Einstellung von Polizeianwärtern zur Erreichung und zum dauerhaften Halt der Polizeizielzahl schlagen wir vor, die Polizei von polizeifremden, Nichtvollzugs-Aufgaben zu entlasten. Dazu müssen Aufgaben auf die zuständigen Fachressorts zurücküberlagert werden und zusätzliche

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unbefristet für den Nicht-Vollzugsdienst eingestellt werden. Kurzfristig wollen wir auch von der Möglichkeit der freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit Gebrauch machen, um erfahrene Beamtinnen und Beamte freiwillig länger im Dienst zu behalten und von ihrer Expertise zu profitieren. Außerdem können wir uns vorstellen, befristet Beamte aus dem Ruhestand zurückzuholen, um den vorhandenen Bearbeitungsstau bei den Anzeigen abzubauen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Aufgaben, die der Polizeivollzugsdienst nur in subsidiärer Zuständigkeit durchführt, wieder verstärkt durch die entsprechenden Ressorts, die in originärer Zuständigkeit verantwortlich sind, wahrnehmen zu lassen. Dazu gehört beispielsweise:
 - a) eine Anlaufstelle des Sozialpsychiatrischen Dienstes zu schaffen, die rund um die Uhr besetzt ist, damit der Polizeivollzugsdienst jederzeit zu betreuende Personen schnell und unbürokratisch an das Fachressort übergeben kann;
 - b) begleitete Transporte in Bremer Krankenhäuser durch den Polizeivollzugsdienst eine sofortige Übernahme ohne Wartezeiten zu garantieren, sodass sich die Beamten sofort im Anschluss wieder ihren originären Aufgaben widmen können;
 - c) bei Krisenlagen in den einzelnen Ressorts Personal vorzuhalten, um einen Krisenstab aufzubauen und das Krisenmanagement aus eigenen Ressourcen zu bewältigen.
2. verstärkt Personal für den Nicht-Vollzug einzustellen und hierfür die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Dieses zusätzliche Personal soll unbefristet, insbesondere für die folgenden Aufgaben eingesetzt werden:
 - a) an den Einsatzdienststandorten der Polizei beim Überwachen von Personen in Arresträumen beziehungsweise Zellen;
 - b) in den Krankenhäusern beim Bewachen von Straftätern, psychisch kranken Patienten et cetera;
 - c) als „Welcome Manager“ in den Dienststellen zur Anzeigenaufnahme;
 - d) im Bereich der verkehrsregelnden Maßnahmen;
 - e) im Objektschutz;
 - f) bei der Kriminalpolizei im Bereich der Ermittlungen (Techniker, Ingenieure, IT-Fachleute, Juristen et cetera).
3. die finanziellen Mittel dafür bereitzustellen, um Lebensarbeitszeiten bei Vollzugsbeamten der Polizei auf freiwilliger Basis zu verlängern oder auch Pensionäre aus dem Ruhestand zurückzuholen, die für eine gewisse Zeit dazu bereit sind, den Vollzugsdienst insbesondere bei der Abarbeitung der aufgelaufenen unbearbeiteten Anzeigen zu unterstützen.

Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der
CDU